

In Wolfs Studie wurde den Zuschauern eine Diskussion zwischen ihnen unbekannten österreichischen Politikern gezeigt. Die Verfasserin selbst schränkt daher die Übertragbarkeit ihrer Ergebnisse auf Fernsehduelle ein, in denen die Spitzenkandidaten den Zuschauern bekannt sind. Ein wichtiger nächster Schritt muss daher sein, entsprechende Analysen unter Real-World-Bedingungen durchzuführen, d. h. im Kontext eines Wahlkampfes, kurz vor der Wahl und mit den den Zuschauern gut bekannten Akteuren.

Michaela Maier

Thomas Zittel

Mehr Responsivität durch neue digitale Medien?

Die elektronische Wählerkommunikation von Abgeordneten in Deutschland, Schweden und den USA

Baden-Baden : Nomos, 2010. – 267 S.
(Kommunikation in Politik und Wirtschaft ; 2)
ISBN 978-3-8329-5368-3

Die von Thomas Zittel vorgelegte Studie über Nutzungsverhalten und Nutzungsentwicklung der Online-Kommunikation durch Parlamentarier ist in mehrfacher Hinsicht modellhaft. Einerseits entwickelt Zittel ein überzeugendes theoretisch-vergleichendes Layout für seine aufwändig konstruierte und umgesetzte Untersuchung in Deutschland, Schweden und den USA. Andererseits gründen seine Befunde zum Einfluss der Online-Kommunikation auf die repräsentativdemokratische Verfassung politischer Systeme auf Erhebungen und Interviews aus den Jahren 2000 und 2004. Zittel ist sich der Problematik durchaus bewusst und nutzt diese Resultate zur Überprüfung sorgfältig entwickelter Hypothesen, die in das Gerüst seines „empirischen Modells elektronischer Demokratie“ eingepasst sind. Hierzu wird der normative Rahmen der „E-Demokratie“ in drei Dimensionen zerlegt, eine zivilgesellschaftliche, eine direktdemokratische und eine repräsentativdemokratische. Letztere, und damit vor allem die Kategorie der „Responsivität“, bildet den zentralen Anknüpfungspunkt für die weiteren Überlegungen, sowohl in theoretisch-konzeptueller wie auch in empirisch-überprüfender Hinsicht.

Zunächst leitet Zittel mit Rückgriff auf Hannah F. Pitkin die „Zwecksetzung der Repräsentation“ mit der „weitgehenden Einbindung von Wählerinteressen in die staatliche Willensbil-

dung und in der Herstellung von Übereinstimmung zwischen gesellschaftlichen Interessen und staatlichem Handeln“ her (35). Eine Zu-sitzung auf institutionelle Träger dieser Verknüpfungsseite erfolgt mit der Bezugnahme auf Miller/Stokes, die mit Blick auf die Rollenbilder von Abgeordneten zwischen stärker rückgekoppelten „Delegierten“ und eher unabhängigen „Sachverwaltern“ unterscheiden. Dabei wird ein „direkte(r) Zusammenhang zur Ebene der politischen Kommunikation“ hergestellt (45). Diese Grundlage rückt den im weiteren Gang der Untersuchung zentralen Gegenstand der „digitalen Wählerkommunikation“ in den Vordergrund, der fragt, „ob neue medientechnische Gelegenheiten von Abgeordneten zu diesem Zweck wie und warum genutzt werden“ (246).

Ein wesentlicher Verdienst der Untersuchung liegt in der konzeptuell schlüssigen Einbettung der digitalen Abgeordnetenkommunikation in ein vielfältiges Raster von Einflussphären, die sowohl deren parlamentarisches wie auch wahlkampforientiertes Handeln bestimmen. Zittel unterscheidet hier gesellschaftliche Aspekte wie die Generationenzugehörigkeit von Abgeordneten und die Struktur ihrer Wahlkreise, verschiedenen akzentuierte Regierungstypen sowie die abweichende Strukturierung der Wahlsysteme. In einer Serie von bi- und multivariaten Analysen werden dann wesentliche Begründungszusammenhänge für die Nutzung (oder Nicht-Nutzung) unterschiedlicher Formen digitaler Wählerkommunikation erarbeitet. Die Resultate zeigen für alle drei untersuchten Parlamente einen Bedeutungsge-winn dieses potenziell responsivitätssteigenden Verhaltens, allerdings mit teilweise überraschenden Einschränkungen. So erschließt sich gerade am Beispiel des gerne als Internet-freundlich betrachteten Schwedens, dass die politischen Systemdominanz von Parteien zu einer langsameren Adaption digitaler Kommunikationsformate führt, da sich Abgeordnete von dieser Form der „personalisierten Wählerkommunikation“ nur wenig Impulse für eine erfolgreiche Amtsführung oder Kandidatur versprechen (126f.). Für Deutschland stellt Zittel eine durchgängige Wirkung der Generationenzugehörigkeit fest, dies gilt insbesondere auch für den Einsatz dialog-orientierter, „interaktiver Wählerinformation“ (201). Die Struktur und „IT-Affinität“ der Wahlkreise und eine damit begründete Verbesserung der Gewinnchancen im Wahlkreis begünstigte nur im ersten Untersuchungszeitraum die „early adoptors“ unter den Abgeordneten, mit einer steigenden Internet-Durchdringung spielt die-

ser Faktor keine allzu große Rolle mehr (130) – wohlgemerkt, die Resultate beziehen sich auf den Zeitraum zwischen 2000 und 2004. Für die in beiden Erhebungszeiträumen am weitesten entwickelten USA gilt dagegen, dass die digitale Wählerkommunikation häufig in Kopplung oder als effizientere Fortführung herkömmlicher Formen der Zielgruppenansprache im Wahlkreis implementiert wurde (182ff.).

Zittel beschränkt sich nicht auf die Analyse der konkreten Kommunikationsaktivitäten der Abgeordneten, die er durch quantitative Erhebungen zur Angebotsentwicklung während zwei Wahlzyklen und Leitfadeninterviews mit Vertretern aus allen drei untersuchten Parlamenten ermittelt. Stets im Blick behalten werden die regierungs- und wahlsystemspezifischen Effekte in den nationalen Kontexten, wodurch zugleich auch eine komparative Perspektive entsteht, die auch abseits des medialen Modernisierungsprozesses zahlreiche Einsichten in die Dynamik politischer Systemstrukturen liefert. Im Fazit-Kapitel fragt Zittel folgerichtig nach den institutionellen Rückwirkungen und etwaigen Konsequenzen der Digitalisierung (223ff.). Während hier der US-Kongress mit einer „Veränderung der Verfahrenstransparenz“ (226) das obere Ende markiert, bleibt die digitale Wählerkommunikation für den schwedischen Riksdag nahezu folgenlos. Der deutsche Bundestag rangiert auch hier in einer Mittelposition, als wichtige „institutionelle Arenen“ werden die Enquête-Kommission „Zukunft der Medien in der Informationsgesellschaft“ (1996–1998) sowie das nie über dem Planungsstatus hinaus gekommene Pilotprojekt „E-Demokratie“ (2001/2002) skizziert (228ff.).

An diesen beiden Fällen offenbart sich denn auch ein Manko des vorliegenden Bandes. So fundiert und ausführlich die Untersuchungen auch sind, sie dokumentieren Entwicklungen aus einer anderen Epoche der Online-Nutzung. Manche Formulierungen haben geradezu „medienarchäologischen“ Charakter, etwa wenn „Standardprogramme wie Dreamweaver oder Frontpage“ als „softwareseitige Basis für die so entworfenen Angebote“ genannt werden (134). So klar (und so gelungen) Zittels Konzeption und Rahmung der empirischen Untersuchung auf die Entwicklung eines fundierten repräsentationstheoretischen Gerüsts hinarbeiten und er von dieser Warte aus Schlüsse und Erklärungen formuliert, so begrenzt ist der heutige Ertrag dieser Untersuchung. Gewiss wird eine bestimmte Phase der Adaption der Internet-Nutzung durch Abgeordnete präzise nachgezeichnet und ausgreifend von dort die jeweilige Bedeutung politischer Systemdynamiken erläu-

tert. Dennoch wirkt die Positionierung „digitaler Wählerkommunikation“ übermäßig zentral innerhalb des mehrdimensionalen Konzepts elektronischer Demokratie. In der Rückschau könnte eine Erklärung für das Online-Nutzungsverhalten der Abgeordneten schlicht auch die Orientierung an den Mustern massenmedialer Kommunikation sein – schließlich hat das in der Zittel-Studie dominante „World Wide Web“ während des Untersuchungszeitraums einen Angleichungsprozess an die Mechanismen klassischer Verteilmedien durchlaufen, der erst durch das Aufkommen partizipativ ausgerichteter Kommunikationsstrukturen unter dem Signet des „Web 2.0“ beendet wurde. Die Herstellung von „Responsivität“ durch digitale Wählerkommunikation konnte daher nur aus einer – in diesem Falle konkretisierenden, aber auch einschränkenden – Akteursperspektive betrachtet werden. Zahlreiche Impulse von außen (durch vernetzte Wähler oder professionelle Digitalisierungsakteure) werden zwar in den zahlreichen Interviewpassagen genannt, aber durch die Ausblendung der zivilgesellschaftlichen Dimension elektronischer Demokratie nicht näher thematisiert.

Abschließend muss sich mindestens der Verlag fragen lassen, warum der so ausführlich gearbeiteten, aber eben mit „altem“ Datenmaterial operierenden Studie nicht noch ein aktuelles Nachwort des Autors beigelegt worden ist. Ansätze für eine weitere Diskussion verschiedener Resultate und Thesen hat es zur Genüge gegeben: So hätte man gerne eine knappe Einschätzung des Aufkommens der schwedischen „Piratpartiet“ gelesen – denn die „Kongruenz“ zwischen Wählerinteresse und parlamentarischer Vertretung verdankt sich in diesem Fall wohl in nicht unerheblichem Maß der „Parteidorientierung“ des politischen Systems Schwedens. Für die USA als bereits Mitte der 2000er Jahre „digital gesättigter“ Präsidialdemokratie erscheint die erfolgreiche Obama-Kampagne (2007–2008) als eine naheliegende Konsequenz, sich häufende Protestkampagnen, die die Beeinflussung von Kongressabgeordneten zum Ziel haben, deuten darauf hin, dass zumindest die Wahrnehmung einer „Responsivität“ durch Digitalisierung besteht. Auch in Deutschland hat die „digitale Wählerkommunikation“ den skizzierten Stand längst überholt und stellt durchaus auch einige Prämissen der Untersuchung in Frage. So lässt sich tatsächlich auch ein institutioneller Wandel feststellen, der im Falle der zuletzt erfolgreichen „E-Petitionen“ einerseits auf die direktdemokratische Dimension verweist, andererseits aber auch auf „wählerinduzierte Responsivität“ schließen lässt.

Schließlich hat mit den Angeboten der Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ die Kommunikation zwischen Abgeordneten und Bürgern zu einer „Steigerung

von Responsivität in der Demokratie“ geführt, die sich mit Blick auf die untersuchten Beispiele nur ansatzweise erahnen lässt.

Christoph Bieber

Zielführend.



Der Band bereitet gezielt auf die Anfertigung wissenschaftlicher Abschlussarbeiten vor. Zahlreiche praxisnahe Hinweise tragen dazu bei, die einzelnen Arbeitsschritte erfolgreich zurückzulegen, gewinnbringend am Text zu feilen und nicht zuletzt die Ergebnisse ergiebig zu nutzen.

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/14196

Rationeller schreiben lernen

Hilfestellung zur Anfertigung wissenschaftlicher (Abschluss)-Arbeiten

Von Edmund Brandt

4. Auflage 2011, 134 S., brosch., ca. 9,90 €

ISBN 978-3-8329-7078-9

Erscheint ca. November 2011



Nomos